

à propos

Das
Friedensmagazin
von KOFF



Frieden-Migration-Nexus: Dilemmas & Opportunitäten

swiss
peace

Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

Migrant_innen in Mexiko – Die unsichtbaren Opfer der Pandemie

2

dossier

Vertriebene Bevölkerungsgruppen in Uganda: Herausforderungen und Realitäten für den Frieden

Alternativen zur Migration in El Salvador fördern

Mobilisierung der syrischen Diaspora für den Frieden

Der Umgang mit den Folgen der Migrationsfeindlichkeit in Kolumbien

Mobilisierung der syrischen Diaspora für den Frieden

Die Erfahrungen von Helvetas mit dem Konflikt-Migration-Nexus

3

erfahren Sie
mehr darüber

Vertreibungskrise: Neues Paradigma und Kampf um Verhaltensänderungen

4

aktuell

Dritter KOFF Ton-Träger veröffentlicht!

swisspeace lanciert einen neuen Online-Kurs

5

agenda

Veranstaltungen & News

editorial

Laut dem Weltmigrationsbericht (IOM, 2020) gab es im vergangenen Jahr weltweit etwa 272 Millionen Migrant_innen. Dies entspricht nur 3,5% der Weltbevölkerung. Trotz dieser niedrigen Quote und der Tatsache, dass 26% dieser Migrant_innen gezwungen sind, ihr Land zu verlassen, ist ein Antimigrationsverhalten in Regierungspolitik, Narrativen und im öffentlichen Diskurs immer noch weit verbreitet.

Da es sehr wahrscheinlich ist, dass die Zahl der Menschen, die auf der Flucht sind, noch zunimmt, insbesondere aus demografischen und ökologischen Gründen, erscheint es relevant und notwendig die Chancen wahrzunehmen, die Migration für Frieden darstellt.

Seit 2018 hat die internationale Gemeinschaft zu diesem Zweck einige Bemühungen unternommen. Mit der Verabschiedung der beiden globalen Verträge über Flüchtlinge und Migration beabsichtigten 152 UN-Mitgliedstaaten sowohl ihre Zusammenarbeit und ihr Engagement zu verstärken, nationale Antworten zu formulieren, als auch Bedingungen für Migrant_innen und Menschenrechte in Aufnahme- und Heimatländern zu verbessern. Allerdings haben nicht alle Staaten diesen Verträgen zugestimmt, weshalb deren nicht rechtsverbindlicher Charakter eine Umsetzung verhindert.

Angesichts der verbleibenden Herausforderungen hat KOFF einen Gemeinsamen Lernprozess zu Friedensförderung und Migration (Joint Learning Process on Peacebuilding and Migration, JLPM) lanciert, der es seinen Trägerorganisationen ermöglicht, die Chancen und Herausforderungen zu erkunden, die Migration für Frieden mit sich bringt. Gemeinsam suchen sie nach Lösungen, um eine systematische und strategische Einbeziehung von Migration in Politik und Programmgestaltung von Friedensförderung zu voranzutreiben und setzen sich für ein nuancierteres und konstruktiveres Narrativ über Migration ein.

Die Ergebnisse und Empfehlungen dieser Ausgabe des à propos bieten einen ersten Überblick über die Perspektiven von KOFF und anderen Organisationen in Bezug auf den Zusammenhang von Migration und Frieden, sowie Chancen und Herausforderungen im aktuellen Kontext. Während wir in jüngster Zeit mit ansehen mussten, wie sich die Friedensbestrebungen von Migrantinnen und Migranten aufgrund der COVID-19 Pandemie oder wachsender Fremdenfeindlichkeit verschlechtert haben, sahen wir gleichzeitig Ansätze zum Aufbau von Kapazitäten, zu einem besseren Zugang zum Arbeitsmarkt oder zur Integration in die Gesellschaft mit Hilfe von Programmen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre

Redakteurin KOFF Magazin, Sanjally Jobarteh

schwerpunkt

Migrant_innen in Mexiko – Die unsichtbaren Opfer der Pandemie



Casa del Migrante Saltillo im Bundesstaat Coahuila, Mexiko, bietet MigrantInnen auf ihrem Weg Richtung USA eine sichere Unterkunft, 2015, Peace Brigades International

Die Corona-Krise stellt Mexiko im Gesundheits- und Migrationsbereich vor grosse Herausforderungen. Menschenrechtsverteidiger_innen tragen auf beiden Gebieten zur Lösungsfindung bei. Dafür benötigen sie aber öffentliche Anerkennung, Schutz und Ressourcen.

Covid-19 trifft Mexiko hart. Anfangs Juni 2020 sprach die Johns Hopkins Universität von über 93'000 Infizierten und mehr als 10'000 Toten. Mitte März 2020 rief der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador den Notstand aus; alle nicht-systemrelevanten Sektoren wurden geschlossen und die Bewegungsfreiheit vielerorts eingeschränkt. Seit dem 18. Mai werden in Gebieten mit wenigen Infizierten bereits manche Einschränkungen wieder aufgehoben, und das trotz steigender Fallzahlen im ganzen Land.

Gewalt hält sich in Mexiko währenddessen nicht an Quarantäne-Massnahmen. Zwischen Januar und März 2020 wurden über 8'500 Morde begangen, 13.5% mehr als in der gleichen Zeitspanne im Vorjahr. Zudem verzeichnete die mexikanische Regierung zwischen dem 15. März 2020 und Ende April 2020 44 Angriffe und 4 Morde an Menschenrechtsverteidiger_innen (MRV).

Corona-Pandemie verschärft Situation für Asylsuchende

Die aktuellen Massnahmen zur Eindämmung von Covid-19 haben gravierende Folgen für asylsuchende Frauen, Männer und Kinder, die mehrheitlich aus Zentralamerika stammen und auf ihrem Weg in die USA in Mexiko ausharren müssen. Die Behörden räumten staatliche Migrationszentren so weit, dass Abstands- und Hygieneregeln durchgesetzt werden können oder schlossen sie ganz. In mehreren der über 60 staatlichen Migrationszentren protestierten Migrant_innen gegen fehlendes Schutzmaterial und forderten die Rückreise in ihre Herkunftsländer. Die Nationalgarde reagierte auf die Proteste mit teilweise exzessiver Gewalt.

Die meisten Migrant_innen, die keinen Platz mehr in den staatlichen Zentren hatten, wurden in ihre Heimatländer zurückgeschafft. Die zentralamerikanischen Länder haben aber temporär ihre Grenzen geschlossen, sodass Menschen auf dem Rückweg irgendwo stecken bleiben. Dieses Problem und die Tatsache, dass manche Personen sich in Mexiko mit dem Virus angesteckt haben, wurden bei der Räumung der staatlichen Migrationszentren kaum berücksichtigt.

Auch die zahlreichen von Kirchen und NGOs geführten Migrant_innenherbergen können aufgrund der Hygienevorschriften keine neuen Personen aufnehmen und geraten, da ohne staatliche Hilfe, zunehmend unter Druck. Noch mehr Migrant_innen als zuvor müssen auf der Strasse leben, wo sie Gewalt durch kriminelle Banden, Festnahmen und Diskriminierung sowie verstärkt gesundheitlichen Risiken durch Covid-19 ausgeliefert sind.

Diese Lage betrifft enorm viele Menschen in Mexiko, denn jedes Jahr reisen hunderttausende Migrant_innen ohne Dokumente durch das Land, um in die USA zu immigrieren. Seit Januar 2019 dürfen Asylsuchende unter der US-Migrationspolitik «Remain in Mexico» nicht mehr in den USA auf den Entscheid ihres Gesuchs warten. Obwohl die US-amerikanische Justiz selbst noch nicht abschliessend entschieden hat, ob diese Vorgehensweise legal ist, hat sie deren Durchsetzung während der Corona-Pandemie erlaubt. Bis Mitte Mai 2020 wurden über 60'000 Personen nach Mexiko zurückgeschickt und es wurden mehr als 1'000 Übergriffe wie Mord, Folter, Vergewaltigung und Entführung an jenen zurückgehaltenen Asylsuchenden und Migrant_innen verzeichnet.

Menschenrechtsverteidiger_innen als Brückenbauer_innen

Die Situation für Migrant_innen und Asylsuchende ist also ernst: Sie sind in Mexiko gestrandet, wo die Bevölkerung selbst keine verlässlichen Informationen über die gesundheitliche Lage im Land hat. Gewalt dominiert die Strassen, allgemeine Unsicherheit über die Zukunft macht sich breit. Wie die Anwältin Ana Lilia Amezcua Ferrer schreibt, braucht es nun transparente Massnahmen, die in der Gesellschaft Vertrauen schaffen. MRV sind dabei wichtige Akteure, da sie unabhängig von Regierungen agieren und somit Brücken zwischen Staat, Bevölkerung und Migrant_innen bauen können. So wird der Schutz der Letzteren gefördert und das Konflikt- und Gewaltpotenzial reduziert.

Peace Brigades International (PBI) unterstützt in Mexiko die Migrant_innenherberge „Casa del Migrante Saltillo“, im nördlichen Bundesstaat Coahuila. Diese nicht-staatliche Unterkunft bietet Migrant_innen auf ihrer Durchreise humanitäre Hilfe sowie psychologische und rechtliche Begleitung. PBI unterstützt die aufgrund ihrer Arbeit gefährdeten Mitarbeiter_innen der Herberge durch gewaltlose Schutzbegleitung. Diese konzentriert sich während Covid-19 auf regelmässigen Telefonkontakt, Informations- und Vernetzungsarbeit auf nationaler und internationaler Ebene sowie auf Advocacy-Arbeit mit mexikanischen und internationalen Behörden.

Die Situation der Migrant_innen verlangt gerade während der Corona-Krise verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit, internationale Unterstützung und gleichzeitig Druck, damit der mexikanische Staat seiner Pflicht nachkommt, das Wohlbefinden der Migrant_innen zu garantieren. MRV müssen ihrerseits von staatlicher Seite anerkannt, geschützt und finanziell unterstützt werden, um den Tausenden von Migrant_innen in Mexiko zur Seite zu stehen.

Indem Migrant_innen in Mexiko geholfen wird, kann eine grosse Gruppe an Menschen erreicht werden, denn die Auswirkungen der Migrations- und Asylpolitik sind in der ganzen Region zu spüren. Humanitäre Hilfe und die Umsetzung der Rechte von Migrant_innen sind in dieser Krisenzeit grundlegend, um Frieden in Mexiko zu fördern.

[Peace Brigades International](#)

Tanja Schindler

tanja.schindler@peacebrigades.ch

Praktikantin

[Peace Brigades international](#)

Katia Aeby

katia.aeby@peacebrigades.ch

Direktorin

[links](#)

- [Peace Brigades International Switzerland](#)
- [Being a migrant in Mexico during a global pandemic](#)

Vertriebene Bevölkerungsgruppen in Uganda: Herausforderungen und Realitäten für den Frieden



Mentoring-Sitzung der "Amanjara Women's Support Group" in Adjumani (Uganda), EIRENE

Uganda, Heimat von 42,7 Millionen Menschen (Stand per 2018), davon 1,4 Millionen Geflüchtete (Stand per 30. Mai 2020), hat im Umgang mit den Bewegungen, die durch die fragile Geopolitik in der Region der Grossen Seen ausgelöst wurden, wichtige Fortschritte erzielt. Das im Vergleich zu einigen seiner Nachbarn relativ friedliche Land ist ein wachsendes Wirtschaftszentrum im laufenden Öffnungsprozess. Im Compendium of Conflicts in Uganda (2015) der Organisation Refugee Law Project ist nachzulesen, dass ein erheblicher Teil der ugandischen Bevölkerung selbst Opfer erzwungener Migration war.

Die Aufnahmegemeinschaften in Uganda werden durch die Beherbergung von Zwangsmigrant_innen in der Region beeinflusst. Diese Dynamik erschwert die ohnehin schon komplexen sozioökonomischen Bedingungen, bringt jedoch neben Herausforderungen auch Chancen mit sich. Die Folgen der Aufnahme von Vertriebenen für den Arbeitsmarkt wurden in akademischen und politischen Kreisen intensiv diskutiert.

Einerseits kann Zwangsvertreibung zum Ausgleich eines sektoriellen Arbeitskräftemangels beitragen, insbesondere wenn die Zuwandernden Kompetenzen besitzen, die diejenigen der Aufnahmebevölkerung ergänzen oder nützlich für sie sind. Andererseits kann der Arbeitsmarktzugang für Migrant_innen, die zur Flucht gezwungen wurden, darin resultieren, dass mehr Wettbewerb um eine noch geringere Anzahl Arbeitsplätze entsteht und somit das Wohlergehen der Bevölkerung beeinträchtigt wird.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Verfügbarkeit von Ressourcen und Infrastruktur. Die durchschnittliche Familie im ländlichen Uganda besitzt ein bescheidenes Stück Land, das sie mit Nahrung, Wasser, Feuerholz und Dachstroh versorgt. Durch Zwangsmigrant_innen erhöht sich zwar meist der Nachfragedruck auf die Nahversorgung, aber möglicherweise werden auch Investitionen internationaler Organisationen in den öffentlichen Sektor angezogen. Laut einer Studie von Kreibaum (2016) wurde mit der Einrichtung zusätzlicher, durch Nichtregierungsorganisationen (NGO) finanzierter Schulen nicht nur der Druck auf die Regierung Ugandas verringert, die eine steigende Nachfrage nach Bildungsangeboten bedienen muss, sondern auch der Zugang zu Bildung in den aufnehmenden Bezirken sowie ihrer Umgebung verbessert.

Bemerkenswert ist auch, dass die Aufnahme von Zwangsmigrant_innen eine vielfältigere, inklusivere Gesellschaft ermöglicht. In Uganda zeigte sich die aufnehmende Bevölkerung grosszügig und liess der Regierung Land zur Unterbringung von Zwangsmigrant_innen. Diese Unterstützung hat erheblich zum friedlichen Zusammenleben von Geflüchteten und Aufnahmegemeinschaften beigetragen. Dies ist jedoch nur ein Beispiel für relativen Frieden, das nicht stellvertretend für die komplexe Gesamtsituation steht. Beide Gemeinschaften sind mit nicht verarbeiteten Altlasten aus Konflikten und/oder Katastrophen konfrontiert, die sie dazu veranlasst haben, in Lagern für Binnenvertriebene (IDPs) oder Flüchtlingsiedlungsgebieten außerhalb ihres Herkunftslandes Zuflucht zu suchen. Man muss sich stets vor Augen halten, dass der Zustrom von vertriebenen Bevölkerungsgruppen in der Aufnahmegemeinschaft auch Verunsicherung hervorrufen kann. Nachrichten und Untersuchungsberichten zufolge kam es zu mehreren Ausschreitungen und fremdenfeindlichen Übergriffen, deren Ursache hauptsächlich die wahrgenommene Ungleichbehandlung bei der Bereitstellung von Basisleistungen war. Für ein dauerhaft friedliches Zusammenleben dürfen diese Gegebenheiten in der Forschung, bei der Politikgestaltung und der Dienstleistungserbringung nicht ignoriert werden.

Abschliessend ist festzuhalten, dass der Weg zu nachhaltigem Frieden unter den Vertriebenen und ihren Gastgebern über ein bewusstes und inklusives politisches Grundgerüst führt, das die besonderen Bedürfnisse von Zwangsmigrant_innen und der aufnehmenden Bevölkerung berücksichtigt. Damit dieser Ansatz Wirkung zeigt, muss er selbstverständlich auf funktionierenden Führungsstrukturen beruhen.

[Eirene Suisse & Refugee Law Project \(Uganda\)](#)

Alice Horner

a.alicehorner@gmail.com

Ehrenamtliche Mitarbeiterin als Datenanalyst

Gilbert Nuwagira

padir@refugeelawproject.org

Persönlicher Assistent des Geschäftsleiters

[links](#)

- [Eirene Suisse](#)
- [Refugee Law Project](#)
- [Compendium of Conflicts in Uganda – Refugee Law Project, 2015](#)
- [Their suffering, our burden? How Congolese refugees affect the Ugandan population – Kreibaum, 2016](#)

dossier

Alternativen zur Migration in El Salvador fördern



Sandra Ramirez (in der Mitte) besucht ein Projekt in Chalatenango, März, 2019

Interview mit Sandra Ramirez, nationale Koordinatorin bei Terre des hommes Schweiz

à propos: Wie beteiligt sich die NGO Terre des hommes an migrationsbezogenen Projekten in El Salvador?

Sandra Ramirez: Seit mehr als 40 Jahren ist El Salvador von der Abwanderung von Migrant_innen betroffen, die hauptsächlich über Guatemala und Mexiko auf der Flucht vor Armut und Gewalt in die Vereinigten Staaten reisen. Die Jugendarbeitslosigkeit im Land liegt bei 13,6% und besonders die gebirgige Region Chalatenango im Norden ist stark betroffen. Diese Region wurde im Bürgerkrieg stark verwüstet und leidet noch immer unter den wirtschaftlichen Folgen. Terre des hommes unterstützt die lokale NGO CORDES (Fundación para la Cooperación y el Desarrollo Comunal de El Salvador), die ein Projekt zur

Chancenverbesserung von Jugendlichen in Chalatenango durchführt. CORDES identifiziert einkommensschaffende Aktivitäten in der Region und bietet jungen Arbeitssuchenden darauf abgestimmte Berufsausbildungen an, um ihre unternehmerischen Kompetenzen zu verbessern. Trotz des Mangels an Arbeitsmöglichkeiten sind wir überzeugt, dass diese Jugendlichen in Chalatenango eine Zukunft haben können. Das Klima und der gute Boden machen die Region geeignet für die Landwirtschaft und die lokale Bevölkerung verfügt über grosses landwirtschaftliches Wissen.

Ausserdem begleitet CORDES die jungen Menschen unter Anwendung eines psychosozialen Ansatzes. Den Jugendlichen soll nicht nur bei der Erreichung ihrer Ziele geholfen werden; es soll auch ihr Selbstwertgefühl gestärkt und ihre Beteiligung an der Gemeindeentwicklung gefördert werden.

à propos: Glauben Sie, dass Migration auch zum Frieden in Ihrem Land beitragen kann? Beispielsweise dann, wenn Salvadorianerinnen und Salvadorianer in den Vereinigten Staaten ihre Einkommensmöglichkeiten verbessern und dieses Kapital dann später in El Salvador investieren?

SR: Obwohl ich das Recht auf Bewegungsfreiheit respektiere, glaube ich nicht, dass Migration eine gute Option ist. Anstatt zum Frieden zu führen, hat sie meines Erachtens mehr negative Folgen als Vorteile für unser Land.

Zunächst einmal gibt es nur wenige, die nach El Salvador zurückkehren, da die Rückkehr mit sozialer Stigmatisierung und der Vorstellung des Scheiterns verbunden ist. Stattdessen ermutigen sie ihre Angehörigen, ebenfalls auszuwandern, indem sie ein attraktives Bild ihres neuen Lebens verbreiten, welches nicht immer der Realität entspricht.

Darüber hinaus schürt die Migration den Menschenhandel, der ein riesiges Problem darstellt. Einige der Migrantinnen und Migranten werden auf ihrem Weg mit dem gleichen oder sogar noch schlimmeren Grad an Gewalt konfrontiert wie in El Salvador. Viele Menschen verschwinden und ihre Familien werden ohne Informationen zurückgelassen. Auch ihre wirtschaftliche Situation verbessert sich nicht unbedingt, da einige unter sehr prekären Bedingungen in Lagern in Mexiko oder in den USA leben.

Nicht alle sind erfolgreich in den Vereinigten Staaten. Dies hat zur Folge, dass die Schulden, welche die Familienmitglieder zur Finanzierung der Reise gemacht haben, nicht zurückgezahlt werden. Das führt zu einem Verlust an inländischem Kapital.

Eine weitere Bedrohung für den Frieden ist der Zerfall der Familie. Es kommt sehr häufig vor, dass Männer ohne ihre Frauen und Kinder abreisen. Im schlimmsten Fall verlassen beide Elternteile die Familie und die Kinder bleiben ohne Erziehung, Ausbildung oder finanzielle Unterstützung zurück. Damit steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich diese Kinder Banden anschliessen, oder anfällig für die Rekrutierung durch kriminelle Gruppen werden, die sich als neue Familie ausgeben. So wird ein Teufelskreis geschaffen. Indem man ihr entkommen will, schürt man neue Gewalt.

à propos: Was halten Sie von dem Abkommen, das im September 2019 zwischen den USA und El Salvador unterzeichnet wurde, um Asylsuchende nach El Salvador zurückzuschicken?

SR: Ich denke, dass Menschen sich frei bewegen können sollten. Wohin sie wollen. Dieses Abkommen ist sehr problematisch, weil viele Asylsuchende aus El Salvador, Honduras oder Guatemala jetzt in Mexiko festsitzen und die Grenze nicht überqueren können. Sie leben unter sehr prekären Bedingungen, manchmal in Lagern, und riskieren, Opfer von Gewalt oder Prostitution zu werden.

Wir müssen die Menschen davor schützen, in solche Situationen gezwungen zu werden, indem wir die Ursachen von Armut und Gewalt bereits an der Wurzel behandeln. Programme wie das von CORDES können dazu beitragen, bei den benachteiligten Jugendlichen Hoffnung und Selbstwertgefühl zu wecken. Wir haben einige Erfolgsgeschichten von jungen Menschen erlebt, die dank Ausbildung und Kleinstunternehmen in der Lage waren, ein Einkommen zu erzielen und völlig unabhängig von ihren Familien zu werden. Sie sind ein Beweis für die bestehenden Möglichkeiten in Chalatenango und ein Vorbild für künftige Generationen.

[Interview mit](#)

Sandra Ramirez

sandra.ramirez@terredeshommes.ch

Nationale Koordinatorin

[Interviewerin](#)

Sanjally Jobarteh

Sanjally.Jobarteh@swisspeace.ch

Communications Officer

[links](#)

- [TDH-Projekte im Zusammenhang mit Migration](#)
- [Unterstützung der TDH für Rückkehrer in El Salvador](#)
- [Die internationale Kampagne von TDH zur Unterstützung junger Migranten aus Mittelamerika](#)
- [CORDES – Asociación Fundación para la Cooperación y el Desarrollo Comunal de El Salvador](#)

dossier

Befähigung von Geflüchteten als Friedensakteure und

Friedensakteurinnen - Herausforderungen und Chancen



Qualifizierungskurs zur De-Skalierung von Konflikten im Lager Zaatari, 2018, Dagmar Nolden

„Zuerst war ich schüchtern und dachte, Gewalt ist unlösbar und Frieden gibt es nicht.

[...] Doch mit der Zeit nahm ich die Ideen und Techniken an, die wir [im Kurs] lernten, und begann, sie selbst anzuwenden.

Da bemerkte ich, wie nützlich sie sind und welche Wirkung sie auf mich und andere hatten.

Ich entspannte mich und fühlte mich wohler.

Deshalb setzte ich sie von da an auch auf der Arbeit und zu Hause ein. [...]

Ich habe festgestellt, dass die Schulung für mein Umfeld und mich sehr nützlich ist,

dass wir alle Frieden und Gewalt in uns tragen

und dass jeder Mensch die Wahl hat,

ob er Frieden oder Gewalt verbreiten will.

Ich habe mich entschlossen, Frieden zu verbreiten, indem ich in Zukunft anwende, was ich gelernt habe.“

Eine Person, die 2018 im Flüchtlingslager Azraq am Qualifikationskurs „Building peace from the inside out“ der Berghof Foundation teilgenommen hat.

Die übliche Darstellung von Geflüchteten als passive Empfänger von Hilfsleistungen oder sogar als Belastung schadet nicht nur ihrem Selbstvertrauen und ihrer Selbstwirksamkeit, sondern schränkt sie auch in ihren Fähigkeiten ein, zu einem konstruktiven sozialen Wandel und zur weltweiten Friedensförderung beizutragen.

Das obige Zitat sowie die Studie zum “Peace-Migration Nexus” von swisspeace und der “Joint Learning Process on Peacebuilding & Migration” von KOFF bestätigen, dass Geflüchtete, intern Vertriebene und Migrant_innen nicht nur über, für die Friedensförderung entscheidende, Fähigkeiten verfügen, sondern unter den geeigneten Bedingungen tatsächlich als Agenten des Wandels agieren und Friedensprozesse positiv beeinflussen können.

Es veranschaulicht zudem das Potenzial von Friedenspädagogik als Schlüssel zu wertvollen Beiträgen für die Friedensförderung. Die Zeit im Exil kann für Geflüchtete durchaus eine gute Gelegenheit sein, eigene Kompetenzen zu stärken.

Bei der Arbeit mit Geflüchteten in jordanischen Flüchtlingslagern mussten wir nicht nur beobachten, dass ihr Wissen und ihre Erfahrungen selten ernsthafte Beachtung erfuhren, sondern auch, dass ihr kreatives und konstruktives Engagement systematisch untergraben wurde. Unter günstigen Rahmenbedingungen konnten wir dagegen Einblicke in mögliche Entwicklungen gewinnen.

Deshalb ist es unserer Ansicht nach an der Zeit, einen Diskurs oder vielmehr einen Dialog zu eröffnen, in dem Menschen, zusätzlich zu ihrem Anspruch auf Leistungen, auch ihre Handlungsfähigkeit behalten. Der Austausch und die gemeinsame Entwicklung von Friedensnarrativen könnten ein interessanter Ausgangspunkt für einen solchen Dialog sein.

Gestützt auf unsere Arbeit mit syrischen Geflüchteten in Jordanien sowie theoretische Hintergrundforschungen konnten wir folgende Chancen und Herausforderungen herausarbeiten:

1. Durch direkten Dialog mit Teilnehmenden/Geflüchteten Handlungsfähigkeiten stärken: Sie müssen als vollwertige Individuen behandelt werden, die in der Lage sind, eigene Entscheidungen zu treffen, und sehen, dass man ihre Bedürfnisse ernst nimmt, indem sie in gemeinsame Entscheidungsprozesse einbezogen werden.
2. Zeit, Raum und Ressourcen gewähren und mit einem dialogorientierten, partizipativen Ansatz aktiv vertrauenswürdige Beziehungen aufbauen, Kooperation und Zusammenarbeit unter den Teilnehmenden fördern und eine sichere, unterstützende Lernumgebung schaffen. Dieser Ansatz sollte auf Partner_innen aller Ebenen, einschliesslich Geber_innen, ausgeweitet werden.

3. Direkte und indirekte Gewalt kontext-, konflikt- und traumasensitiv aufarbeiten. Dazu gehören auch Gespräche über strukturelle Gewalt, die allerdings schwere Dilemmas hervorrufen können, wenn jemand in gewaltsamen Strukturen arbeitet.

Das soziale und emotionale Lernen wird durch eine Kombination klassischer Methoden der Friedenspädagogik mit Modulen in den Bereichen interaktives Theaterspiel, Stressbewältigung und Stressresilienz sowie Persönlichkeitsentwicklung unterstützt.

Die Verfügbarkeit von Geldmitteln und kurze Finanzierungszyklen stellen jedoch in der Praxis ein Hindernis dar. Dadurch wird sowohl eine grosse Zielgruppenreichweite als auch eine langfristige Verpflichtung, die vor allem für langwierige Flüchtlingssituationen wichtig ist, erschwert. Die zahlreichen Einschränkungen, beispielsweise durch die aufnehmenden Regierungen, die Lerninhalte kontrollieren oder den Zugang zum Lager streng überwachen, sind zusätzliche Barrieren für die Durchführung von Friedenspädagogikprogrammen in Flüchtlingslagern. Die enge Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort ist deshalb unverzichtbar.

Nicht zuletzt ist die Aufnahmestruktur – wenn nicht sogar die gesamte Flüchtlingsregelung, die häufig von direkter, kultureller und insbesondere struktureller Gewalt geprägt ist – eine grosse Herausforderung für die Wirksamkeit, Nachhaltigkeit und Glaubwürdigkeit von Friedenspädagogikprogrammen in Flüchtlingslagern. Um diese Hürden und Herausforderungen zu überwinden, bedarf es weiterer Forschung und gemeinsamer Anstrengungen seitens der internationalen Gemeinschaft, Aufnahmeregierungen und Fachleuten auf diesem Gebiet.

[Berghof Foudation](#)

Dagmar Nolden

D.Nolden@berghof-foundation.org

Projektleiterin | Global Learning/ Peace Education

[Berghof Foundation](#)

Dr. Hannah Reich

Freelancer im Project "Civic and nonviolent education" in Jordan

links

- [Weitere Informationen zum Programm „Staatsbürgerliche und gewaltfreie Erziehung in Jordanien“ der Berghof Foundation, das von 2011 bis 2019 in den jordanischen Flüchtlingslagern Azraq und Zaatari durchgeführt wurde](#)
- [Vollständige Fassung: „Refugees as agents for peace. Reflecting on the implementation of peace education formats in Jordanian refugee camps.“ 2019](#)
- [Studie zum "Peace-Migration Nexus" von swisspeace](#)
- ["Joint Learning Process on Peacebuilding & Migration" von KOFF](#)

Der Umgang mit den Folgen der Migrationsfeindlichkeit in Kolumbien



"Wir wollen nicht in Angst leben", Wandbild in einem kolumbianischen Dorf, Nadine Siegle

Migration gibt es schon seit Anbeginn der Menschheit. Zum einen entfacht sie bei vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen Solidarität, doch gleichzeitig führt sie in Aufnahmegesellschaften auch oft zu sozialer Ausgrenzung, Rassismus und Migrationsfeindlichkeit. In Kolumbien sind Letztere während der anhaltenden COVID-19-Pandemie in den Vordergrund gerückt. Im Rahmen einer Interview-Reihe mit Akteur_innen aus Venezuela, Kolumbien und der Schweiz, haben wir über dominante Narrative und Bilder in Bezug auf Migration in Kolumbien und speziell zur Einwanderung aus Venezuela gesprochen.

In den vergangenen Jahrzehnten flohen viele Menschen aus Kolumbien – Hauptgrund dafür war der bewaffnete Konflikt im Land. Viele Menschen suchten Zuflucht im Nachbarland Venezuela. In den letzten Jahren drehte sich allerdings Situation um: Die immer schlechter werdenden Lebensumstände in ihrem Land, veranlasste viele Venezolaner_innen ihre Heimat zu verlassen, und Kolumbien ist dabei zum Hauptziel geworden. Aktuell befindet Kolumbien also nicht nur inmitten eines Übergangsprozesses zur Beendigung des

langjährigen bewaffneten Konflikts und zur Förderung des Friedens, sondern sieht sich gleichzeitig einem neuen Migrationsphänomen gegenüber.

Die meisten Venezolaner_innen in Kolumbien leben von der informellen Wirtschaft, da sie meist ohne Papiere und ohne Geldmittel einreisen. Um Miete und Essen bezahlen zu können, werden der Verkauf von Süßigkeiten auf der Strasse, die Vorführung kleiner Kunststücke an Verkehrsampeln oder das Putzen von Autoscheiben zu Vollzeitjobs. Infolge der Ausgangssperre zur Bekämpfung von COVID-19 konnten diese Menschen nicht wie sonst auf die Strasse gehen und Geld verdienen. Sie erhielten auch keine finanzielle Nothilfe von der Regierung, die in Kolumbien nur für Arbeitskräfte im formelle Arbeitsmarkt zugänglich sind. Als Folge davon, gab es keine Mittel mehr, mit denen sie ihr Leben finanzieren konnten und als einzige Möglichkeit blieb die Rückkehr nach Venezuela – und das oft zu Fuss.

Jedoch birgt angesichts der Corona-Pandemie jede Art von Fortbewegung auf der Strasse das Risiko einer Ansteckung und der Verbreitung der Krankheit. Aus Angst vor dieser Möglichkeit erscheinen immer mehr Publikationen in verschiedenen sozialen Netzen. Venezolaner_innen werden darin beschuldigt, der kolumbianischen Bevölkerung die Arbeit wegzunehmen, die Löhne zu drücken und schuld an der ansteigenden Kriminalität in städtischen Gebieten zu sein. Aufgrund dieser falschen Gerüchte erfahren Einzelpersonen und Gruppen, die sich in einer heiklen Lage befinden, immer weniger Solidarität und Hilfsbereitschaft und davon sind nicht nur Venezolaner_innen betroffen. Kolumbien ist immer noch eines der Länder mit der grössten Ungleichheit auf dem amerikanischen Kontinent und den meisten Binnenvertriebenen weltweit. Es gibt einige unterstützende Massnahmen für verschiedene Bevölkerungsgruppen in Kolumbien, doch das Thema ist heikel geworden. Es bestehen zahlreiche administrative Hürden und Gesetze existieren meist nur auf Papier.

Mit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft hat die kolumbianische Regierung die Chance, ein neues Kapitel aufzuschlagen. Jahrzehnte der Gewalt und des bewaffneten Konflikts haben zur sozialen Zersplitterung der kolumbianischen Gesellschaft geführt – eine Überwindung dieser Kluften ist aber möglich durch sozioökonomische Massnahmen in Abstimmung auf die Bedürfnisse aller Menschen in Kolumbien sowie durch Programme und Gesetze zur Bekämpfung von Hassreden, Rassismus und Migrationsfeindlichkeit. Allerdings könnte COVID-19 zur Verschärfung der sozialen Spaltung und der tiefgreifenden Ungleichheit in Kolumbien beitragen und so den Übergang von alten Mustern der Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Gewalt hin zu einem gerechten und nachhaltigen Frieden im Land behindern.

Sie möchten noch mehr zu diesem Thema erfahren? In der neuen Folge des Podcasts KOFF Ton-Trägers hören Sie mehr! In dieser Folge kommen verschiedene Stimmen zum Thema Narrative in Bezug auf Migration aus Venezuela und deren Zusammenhänge mit dem Konflikt und dem Frieden in Kolumbien zu Wort.

[swisspeace](#)

Hannah Elias

Hannah.Elias@swisspeace.ch

Praktikantin im Policy & Platform Programm

[links](#)

- [swisspeace](#)
 - [Neue Folge des KOFF-Ton-Trägers zu den Erzählungen über Migration aus Venezuela und den Zusammenhang mit Konflikt und Frieden in Kolumbien](#)
-

dossier

Mobilisierung der syrischen Diaspora für den Frieden



Douma, östlicher Vorort von Damaskus, Ghouta, 23.Juni 2016, Bassam Khabieh

Die anfangs friedlichen Proteste, die sich 2011 in Syrien ereigneten, eskalierten zu einem schweren Konflikt. Dies stärkte das nationale Zugehörigkeitsgefühl vieler Syrer_innen im In- und Ausland und führte zu gemeinsamen Massnahmen mit dem Ziel, erstens den gesellschaftlichen und politischen Wandel in Syrien mitzugestalten und zweitens auf die dringlichsten Bedürfnisse der syrischen Bevölkerung innerhalb und ausserhalb des Landes einzugehen. Viele Länder in Europa und im Nahen Osten beobachteten die Entstehung und Stärkung einer lebhaften und politisch engagierten Zivilgesellschaft unter syrischer Führung, die die drängenden Forderungen an der Basis umsetzen will. Die Universität Maastricht wurde vom Referat für zivilgesellschaftliches Engagement (CSEU) des dänischen Flüchtlingsrats beauftragt, anhand einer Studie herauszufinden, welche Bedingungen den Raum und das Wirken syrischer zivilgesellschaftlicher Organisationen im Libanon, in der Türkei, in Frankreich, Deutschland, Dänemark und Grossbritannien beeinflussen.

Im Rahmen der Untersuchung kam ein handlungsorientierter Ansatz zum Tragen, in dessen Rahmen Zukunftsszenarien und potenzielle Strategien kooperativ und partizipativ ausgearbeitet wurden. Er sollte nicht nur als Instrument zur Erkenntnisgewinnung dienen, sondern auch Raum für die Entwicklung von Zukunftsszenarien und gemeinsamen Handlungsstrategien für die syrische Zivilgesellschaft in den jeweiligen Aufnahmeländern bieten. Aus der Studie gingen eine Reihe von praktischen Überlegungen für Interessengruppen hervor, die mit Akteur_innen der syrischen Diaspora zusammenarbeiten möchten.

Demokratisierung von Entscheidungsprozessen auf internationaler Ebene

Eine künftige politische Einigung in Syrien sollte unter syrischer Führung erfolgen, die in allen Aspekten des wirtschaftlichen und materiellen Wiederaufbaus, einschliesslich Initiativen für die Friedensförderung, Rückkehr und Wiedereingliederung, eine Entscheidungsfunktion übernimmt. Bei einer von oben diktierten Vereinbarung besteht das Risiko eines Zusammenbruchs, da ein differenziertes Verständnis des syrischen Kontexts fehlt. Die Friedensförderung in die Hände von lokalen und volksnahen Akteur_innen zu legen, könnte dagegen für nachhaltigen Erfolg sorgen. Eine stärkere Beteiligung der syrischen Diaspora-Zivilgesellschaft an internationalen Entscheidungsprozessen sollte transparent und demokratisch erfolgen. Hierbei sollten die Auswahlmechanismen dafür sorgen, dass die verschiedenen (unabhängigen) politischen Stimmen gehört werden und Raum für basisdemokratische Politik geschaffen wird. Dazu müssen die unterschiedlichen Zersplitterungen und internen Abspaltungen innerhalb der Diaspora anerkannt werden.

Sicherer Raum für Dialog – konstruktiver Umgang mit Zersplitterung

Die in Syrien herrschende Konfliktdynamik setzte sich auch innerhalb der Diaspora fort und die entstehenden Splittergruppen widerspiegeln in gewisser Weise die gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Abspaltungen, die sich in der Heimat gebildet hatten. Um mit Diaspora-Gruppen in Dialog zu treten, ist ein konflikt- und kontextsensitives Vorgehen erforderlich, das sowohl die potenziellen Risiken und Einschränkungen als auch die gesellschaftspolitische Dynamik bei der Mobilisierung der Diaspora berücksichtigt. Anstatt unter den Akteur_innen der syrischen Diaspora eine einheitliche Stimme und Vertretung zu suchen, sollten die Interessengruppen Raum für

Gespräche und Debatten schaffen, damit künftig Vielfalt (anstatt Homogenität) die Zusammenarbeit, das Handeln und den positiven gesellschaftlichen Wandel prägt.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten unterstützte gemeinsam mit der GIZ die Veröffentlichung der Studie im Rahmen der Diaspora-Arbeit des DRC. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen gewaltsamen Konflikten, Frieden und Migration. Dass Fragilität und bewaffnete Konflikte stets unfreiwillige Migrationsbewegungen auslösen, ist offensichtlich. Die Beeinflussung der Dynamik von Konflikten und von Konflikttransformationen durch Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration ist jedoch noch immer zu wenig erforscht. Die Studie trägt dazu bei, diese Dynamik mit Blick auf die Krise in Syrien besser zu verstehen.

UNU-Merit

Dr. Nora Jasmin Ragab

nora.ragab@maastrichtuniversity.nl

Postdoktorandin

UNU-Merit

Eleni Diker

Eleni.Diker@maastrichtuniversity.nl

Forscherin

links

- [Universität Maastricht](#)
- [Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten \(EDA\)](#)
- [Die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit \(GIZ\) GmbH](#)
- [Danish Refugee Council \(DRC\)](#)
- [Gesamter Bericht der Universität Maastricht: "Diaspora Mobilization in Contexts of Political Uncertainties"](#)

dossier

Die Erfahrungen von Helvetas mit dem Konflikt-Migration- Nexus



Geflüchtete Rohingya, Bangladesh, April 2019, Helvetas

Männer und Frauen fliehen sowohl vor Konflikten und Gewalt als auch vor Armut. Nach Angaben der ILO (2018) gehören Ungleichheit und Konflikte zu den Hauptursachen für die Zunahme der internationalen Migration in den letzten Jahren. Die akademische Literatur weist darauf hin, dass von kriminellen Akteuren verursachte Gewalt und Unsicherheit ebenso treibende Kräfte sind wie Krieg und Terror. All diese Phänomene sind gleichermaßen komplex, wenn es um Entwicklung und humanitäre Arbeit geht. Das Verlassen des Heimatlandes kann eine Bewältigungsstrategie sein, oder eine Antwort auf Gewalt und Konflikt. Zugleich kann Mobilität aber auch den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigen. Vertriebene Menschen – meist aufgrund von bewaffneten Konflikten, allgemeiner Gewalt oder plötzlichen und langsam einsetzenden Katastrophen – sind oft auf Hilfe angewiesen, ohne an ihrem vorübergehenden Aufenthaltsort Perspektiven zu haben. Dadurch werden in vielen Fällen bestehende soziale und wirtschaftliche Machtverhältnisse verändert. Darüber hinaus sind Männer und Frauen unterwegs häufig von Gewalt betroffen und ihre Erfahrungen – von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen oder kriminellen Netzwerken geschmuggelt oder verschleppt zu werden; oder Erpressung, Zwangsarbeit, sexueller Ausbeutung und der Sklaverei ähnlichen Praktiken ausgesetzt zu sein – sind meist genauso von Gewalt überschattet, wie die Situation in ihren Ländern, aus der sie ursprünglich geflohen sind. Die Projekte, welche Helvetas im Bereich der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit durchführt, setzen sich in vielfältiger Weise mit der wechselseitigen Beziehung zwischen Migration und Konflikt auseinander.

Indem Helvetas zum Beispiel den Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen fördert und die wirtschaftlichen Möglichkeiten verbessert, spricht die NGO indirekt viele Migrationstreiber an. Darüber hinaus ist es Helvetas gelungen, durch den Fokus auf gemeindebasierte Friedensförderung und sozialen Zusammenhalt Spannungen abzubauen. Es ist jedoch schwer zu messen, inwieweit diese Interventionen die Wahlmöglichkeiten der Menschen in Bezug auf das Bleiben oder die Migration erweitern.

Äthiopien ist das grösste Aufnahmeland von geflüchteten Menschen in Afrika. Es

beherbergt über 1,5 Millionen Vertriebene, darunter Menschen aus 20 verschiedenen Nationen (hauptsächlich aus dem Südsudan, Somalia, Eritrea und Sudan). Die als einzigartig geltende Politik der offenen Tür der äthiopischen Regierung gegenüber Migrant_innen ermöglicht es, dauerhafte Lösungen zu diskutieren und erlaubt den Geflüchteten und intern vertriebenen Menschen eine gewisse Handlungsfreiheit sowie die Teilnahme an Versöhnungsbemühungen (siehe ODI). Häufig wird ein friedliches Zusammenleben durch eine gemeinsame Ethnie und Sprache erleichtert, wie im Fall der eritreischen Geflüchteten in Äthiopien. Trotzdem bleibt die Umsetzung dieser Politik der offenen Tür eine Herausforderung, da Binnenvertriebene in allen wichtigen Bereichen des öffentlichen Dienstes tendenziell unterversorgt sind, was ihr Vertrauen in die Regierung des Gastlandes untergräbt und ihre Beteiligung und ihren Beitrag zu einer neuen Realität behindert (siehe: OCHA-Bericht). Damit bleiben Partizipation und institutionelle Vertretungen von Migrant_innen und Geflüchteten die umstrittensten Themen auf der Suche nach einer dauerhaften Lösung. Deshalb unterstützt Helvetas die Anbindung von Geflüchteten/irregulären Migrant_innen an den Markt und Beschäftigungsmöglichkeiten. Helvetas' Erfahrungen und aktuelle Studien unterstreichen die Notwendigkeit umfassender Beratung und inklusiver Programme zur Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und Aufnahmegemeinschaften (siehe auch 2018, Institute for Security Studies). Sozialer Zusammenhalt gilt als einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren für solche Programme. Dies wird auch im untenstehenden Beispiel zu Bangladesch verdeutlicht:

In Bangladesch wurden die Rohingya-Flüchtlinge zunächst von der indigenen muslimischen Bevölkerung in Cox Bazaar, welche selbst einer Minderheit angehört, herzlich willkommen geheißen. In letzter Zeit haben die Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt jedoch erheblich zugenommen, und COVID-19 hat weitere Spannungen geschürt. Frustration in der Gastgemeinde über abnehmende Existenzmöglichkeiten, die inoffizielle Beteiligung der Rohingya an der lokalen Wirtschaft, ein um bis zu 50% gesunkener Durchschnittslohn und Inflation haben zu Spannungen zwischen den Geflüchteten und der Gastgemeinde geführt. Helvetas ist bestrebt, diesen Spannungen entgegenzuwirken und Verbindungen zwischen der Aufnahmegemeinde und den Geflüchteten zu schaffen.

Besonders relevant für die Projekte von Helvetas sind die weniger sichtbaren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Dynamiken zwischen, aber auch innerhalb von sozialen/identitären Gruppen. Beispiele dafür sind Untergruppen und interne Spaltungen innerhalb der Lager sowie zwischen den Aufnahmegemeinschaften. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der partizipativen Prozesse zwischen Aufnahmegemeinschaften, Flüchtlingsgemeinschaften und lokalen Behörden ist dringend notwendig, aber nicht immer einfach und leicht zu finanzieren. Eine grosse Herausforderung stellen auch die zusätzlichen Koordinationsaufgaben zur Verbindung zwischen der humanitären Gemeinschaft, den Lagern und lokalen Regierungsträgern dar; etwa die Bereitstellung von Dienstleistungen, die Verteilung verfügbarer Ressourcen auf der Gemeindeebene, die Ermittlung gemeinsamer Bedürfnisse oder die Arbeit an gemeinsamen Lösungen und die Beilegung kleinerer Streitigkeiten. Oftmals sind alle Akteur_innen, einschliesslich der lokalen Behörden, schlecht auf diese Rolle vorbereitet und verfügen nicht über die entsprechenden Ressourcen. Auch wenn die Unterstützung solcher Massnahmen dazu beitragen würde, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, Konflikte zu verringern und Dialogplattformen für Gastgemeinden, lokale Behörden und Rohingya-Flüchtlinge zu schaffen, werden solche Projekte leider noch immer selten richtig umgesetzt und bleiben oft Pilotprojekte mit unsicherer Anschlussfinanzierung.

Den Konflikt-Migration-Nexus mit all seinen Aspekten und Kontroversen ernst zu nehmen, ist in sich rasch verändernden Situationen eine vielschichtige Aufgabe. Eine zunehmende globale Mobilität, die Verteilung knapper Ressourcen und Dienstleistung unter Beachtung damit verbundener Governance-Systeme sowie zunehmend polarisierte und identitätsbasierte politische Diskurse – all diese Phänomene machen es für die Entwicklungszusammenarbeit notwendig, über die vielschichtige Wechselbeziehung zwischen Migration, Gewalt und Identität(-spolitik) nachzudenken.

Helvetas

Esther Marthaler

Esther.Marthaler@helvetas.org

Senior Beraterin Migration und Entwicklung

links

- [Die ILO berichtet über den aktuellen Stand der Arbeitsmigration und die Hauptmerkmale von Wanderarbeitnehmern in der heutigen Welt.](#)
- [Studie der Europäischen Kommission: Die Rolle von Konflikt und organisierter Gewalt in der internationalen Zwangsmigration](#)
- [ODI Policy brief: "Achieving durable solutions by including displacement-affected communities in peacebuilding"](#)
- [OCHA-Bericht: "Breaking the Impasse: Reducing Protracted Internal Displacement as a Collective Outcome"](#)
- [Policy brief des Instituts für Sicherheitsstudien: "Promises and challenges of Ethiopia's refugee policy reform"](#)

erfahren sie mehr darüber

Vertreibungskrise: Neues Paradigma und Kampf um Verhaltensänderungen



Lager in Dagahealey, Kenia, September 2019, MSF

Die steigende Zahl der Vertriebenen weltweit hat die internationale Gemeinschaft dazu veranlasst, ihren Ansatz in Bezug auf Vertreibung und Migration zu überdenken. In diesem Sinne sind die New Yorker Erklärung, der Global Compact on Refugees (GCR) und der Global Compact for Migration (GCM) zwischen 2016 und 2018 unter der Schirmherrschaft der UN-Mitgliedstaaten (MS), des UNHCR und der IOM ins Leben gerufen worden.

Die Kernziele des GRC bestehen darin, den Druck auf die Aufnahmeländer zu verringern, die Eigenständigkeit und Integration von Geflüchteten und Vertriebenen zu fördern, den Zugang zu Lösungen aus Drittländern zu erweitern, die Bedingungen in den Herkunftsländern für eine sichere und würdige Rückkehr zu unterstützen und die Rechte der Vertriebenen zu schützen.

Dieser neue Ansatz soll die Art und Weise, wie die internationale Gemeinschaft auf Vertreibung reagiert, umkehren – und zwar im Einklang mit dem “Nexus-Konzept”, das aus dem World Humanitarian Summit im Mai 2016 hervorgegangen ist und eine stärkere Komplementarität zwischen humanitären, Entwicklungs- und Friedensbemühungen sowie einen “gesamtgesellschaftlichen Ansatz” fördert.

Der nicht verbindliche Charakter solcher Instrumente sowie die Herausforderungen des heutigen Multilateralismus und der geopolitischen Realitäten machen die Durchsetzung von Verpflichtungen jedoch besonders schwierig.

Wie kann man in einem solchen Umfeld die MS mobilisieren, um dieses Paradigma in konkrete Fakten umzusetzen?

Die Gesamtstrategie (insbesondere die des UNHCR) bestand darin, innerhalb der MS-Gemeinschaft eine Dynamik zu schaffen, die eine kollektive Verhaltensänderung anregt und fördert. Dies soll vor allem durch folgende Massnahmen geschehen:

1. Hervorhebung von Ländern, die als vorbildlich im Umgang mit Vertreibung gelten (z.B. Äthiopien, Uganda, Costa Rica usw.);
2. Hervorhebung einflussreicher Mitgliedstaaten (z.B. Deutschland) und internationaler Organisationen (wie IGAD), die sich für ein solches Paradigma einsetzen können.
3. Einbeziehung wichtiger Finanz- und Entwicklungsinstitutionen (wie der Weltbank) und grosser Privatunternehmen, die die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile eines solchen Ansatzes fördern können;
4. Förderung der Selbstverpflichtungen der MS in offenen Foren (z.B. das Global Refugee Forum).

Die Strategie zielt darauf ab, in der MS-Gemeinschaft eine neue "Sozial- und Verhaltensnorm" in Bezug auf den Umgang mit der Vertreibungskrise zu schaffen – eine Norm, die sich aus einer konstruktivistischen Lesart der Internationalen Beziehungen ableitet. Um einen solchen Wandel zu fördern und seine Nachhaltigkeit sicherzustellen, muss ein Wendepunkt erreicht werden, sowohl in der Anzahl als auch im Profil der Staaten, die einen solchen Ansatz fördern und umsetzen. Dies würde dann einen "Sozialisierungsprozess" ermöglichen, der die Mehrheit der Staaten veranlassen könnte, einem solchen Paradigma zu folgen.

Spezielle Dynamiken in Ostafrika lassen auf den Beginn einer solchen Verhaltensänderung hoffen. Länder wie Äthiopien und Uganda und internationale Organisationen wie IGAD und die Weltbank setzen sich in der Region für den GCR ein und ermutigen andere Länder wie Kenia (vor allem im Lager Kakuma) oder Sambia, ähnliche Wege einzuschlagen.

Zwei Elemente wirken jedoch als Haupthindernisse bei der globalen Weiterentwicklung dieser neuen sozialen Norm:

1. Der Mangel an Glaubwürdigkeit (und Bereitschaft) einflussreicher Staaten in Bezug auf ihren gewonnenen Ansatz zur Vertreibung: Die meisten europäischen MS, die USA, Russland, China, einige BRIC-Länder setzen solche Ansätze in ihren eigenen Ländern kaum um, was ihre Legitimität in den Augen anderer beeinträchtigt und die Zugkraft begrenzt, die erforderlich ist, um kollektive

Verhaltensänderungen auszulösen.

2. Der Kampf gegen die jeweiligen sicherheitspolitischen und politischen Agenden der MS in einem globalen aggressiven und protektionistischen Umfeld gegen Geflüchtete und Migranten. Es wurde zwar ein klarer Zusammenhang mit Entwicklungsgewinnen hergestellt, aber es fehlt immer noch eine kohärente Darstellung, um den sicherheitspolitischen und politischen Anliegen der MS entgegenzutreten. Vertriebene Menschen werden oft als "Karte" benutzt, die als Teil eines umfassenderen politischen Spiels gespielt werden soll. Das macht Situationen wie im Lager Dadaab in Kenia oder in Europa (um nur einige zu nennen) äußerst schwierig zu lösen.

Während sich die COVID-19-Pandemie leider zu einer "menschlichen und gesellschaftlichen Krise" entwickelt, scheint der Weg zu einem neuen Paradigma in Bezug auf Vertreibung noch weiter entfernt zu sein, da einige MS die Gelegenheit der Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit genutzt haben, um die Rechte von Geflüchteten und Migranten weiter einzuschränken.

Wie Filippo Grandi, UN-Hochkommissar für Flüchtlinge vor dem UN-Sicherheitsrat am 18. Juni 2020 erwähnte: *"Diese Trends zeigen irgendwie, wie, wenn die Führung versagt, wenn der Multilateralismus – den Sie vertreten – nicht hält, was er verspricht, die Folgen nicht in den globalen Hauptstädten unserer Welt zu spüren sind; nicht in den Häusern der Mächtigen und Reichen. Sie sind in den Peripherien der Nationen zu spüren, in den Grenzgemeinden, unter den städtischen Armen, im Leben derer, die keine Macht haben"*.

Médecins Sans Frontières (MSF)

Raphael Gorgeu

stellvertretender operativer Leiter der Einsätze

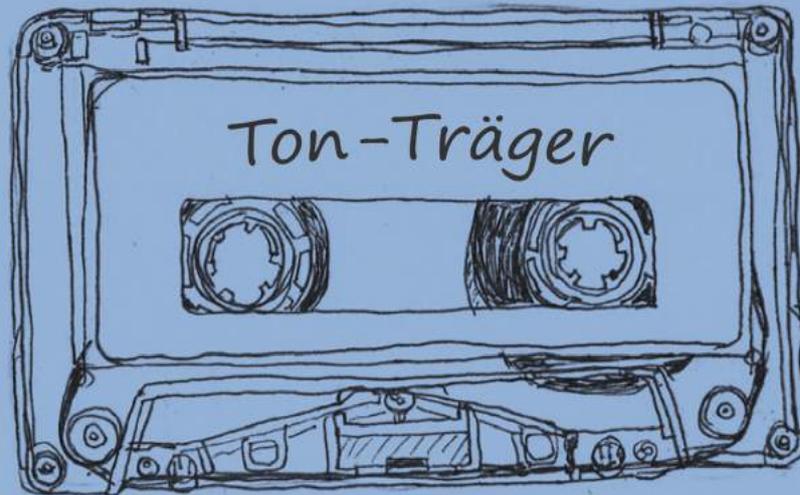
links

- [The New York Declaration](#)
- [UNHCR Global Compact on Refugees](#)
- [UN Global Compact on Migration](#)
- [UNHCR Global Refugee Forum](#)
- ["International Norm Dynamics and Political Change" von Martha Finnemore von Kathryn Sikkink, 1998](#)
- [Öffentliche Erklärung von Amnesty International "Refugees and migrants forgotten un COVID-19 crisis response"](#)

aktuell

Dritter KOFF Ton-Träger

veröffentlicht!



In der dritten Folge des KOFF Ton-Trägers wird das Thema Migration und Frieden betrachtet. Passend zu diesem à propos geht es um den Einfluss den Migrationsnarrative auf einen dauerhaften Frieden haben.

Im Fokus dieses Podcasts steht die venezolanische Migrationsbewegung in Kolumbien. Mit der Verschlechterung der Lebensverhältnisse in Venezuela vor knapp sechs Jahren, begannen Bewohnerinnen und Bewohner nach Alternativen Ausschau zu halten. Das Nachbarland Kolumbien wurde dadurch zur wichtigsten Anlaufstelle. Seitdem haben mehrere Millionen Menschen die Grenze zwischen den beiden Ländern sowohl auf legale, als auch auf illegale Weise überschritten. Während Kolumbien gerade versucht das Friedensabkommen von 2016 umzusetzen und einen dauerhaften Frieden aufzubauen, steht das Land jetzt zusätzlich einem neuen Migrationsphänomen gegenüber. Bei den einen ruft dieses Phänomen Solidarität und Mitgefühl aus, bei anderen jedoch Abneigung und Fremdenfeindlichkeit. Die gegenwärtige Pandemie hat dazu noch Spannungen und Diskussionen um dieses Thema verstärkt.

Um einen Einblick in die aktuelle Situation von Kolumbien zu bekommen, hat Hannah-Milena Elias Stimmen auch Venezuela, Kolumbien und der Schweiz eingefangen. In diesem Podcast wird die Auswirkung von sowohl positiven, als auch negativen Narrativen beleuchtet und Rolle im aktuellen Friedensprozess von Kolumbien diskutiert.

Ab sofort kann der Podcast auf der [Soundcloud](#) Seite des KOFF Ton-Trägers gefunden werden.

[links](#)

- [KOFF Podcast Ton-Träger](#)

aktuell

swisspeace lanciert einen neuen Online-Kurs



Der virtuelle Kurs “Strategic Dialogues in Peace Processes” bietet eine vertiefte Ausbildung für FriedenspraktikerInnen, die strategische Dialoge begleiten und unterstützen. Die Teilnehmenden lernen wie sie den Einsatz von Dialog in komplexen Friedensprozessen einschätzen können, indem sie ein vertieftes Verständnis der Möglichkeiten, Herausforderungen und Anforderungen eines strategischen Dialogansatzes gewinnen.

Datum: 02. – 10. November 2020

Bewerbungsschluss: 31. August 2020

[links](#)

- [weiterbildungskurse von swisspeace](#)

agenda

Neuigkeiten & Veranstaltungen

KOFF NEWS

Neuigkeiten von KOFF und ihren Trägerorganisationen finden Sie auf unserer [KOFF NEWS SEITE](#).

Transformative Friedenspädagogik:

Vom Konflikt zum Dialog in Theorie und Praxis



Der Kurs „Transformative Friedenspädagogik: Vom Konflikt zum Dialog in Theorie und Praxis“ bietet die Möglichkeit, sich mit dem State of the Art der Friedenspädagogik sowohl auf theoretischer

Melden Sie sich bis zum 7. September, 2020!

Informieren Sie sich über die Postgraduiertenprogramme von swisspeace, die in Zusammenarbeit mit der Universität Basel angeboten werden:

- [CAS in Civilian Peacebuilding Essentials](#)
- [CAS in Religion, Peace & Conflict](#)

und bewerben Sie sich bis zum 31. August 2020!

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber KOFF von swisspeace
Kontakt Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH-3001 Bern, Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion Sanjally Jobarteh
Übersetzung Übersetzergruppe Zürich, Furrer Übersetzungen
Bildmaterial USA-Mexiko, Tecate, 06. September 2017, JR
Porträt von Kikito, 1 Jahr alt, an der Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten. Blick von der amerikanischen Seite der Grenze

KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre	HELVETAS Swiss Int.	SOS Kinderdorf
Alliance Sud	IAMANEH Schweiz	
APRED	IFOR-Schweiz	Swiss Academy for Development
artasfoundation	Interpeace	SWISSAID
BAHA'I	Luzerner Initiative für Frieden und Sicherheit (LIPS)	Terre des Femmes Schweiz
Brücke · Le pont Caux - Initiativen der Veränderung	medico international schweiz	terre des hommes schweiz
cfid	mission 21	
Coexistances	miva Schweiz - transportiert	
DCAF	Hilfe	
Eirene Schweiz		
Fondation Hironnelle	Peace Watch Switzerland	
FriedensFrauen Weltweit	Peace Brigades International	
Frauen für den Frieden Schweiz	Peace Nexus Foundation	
Graines de Paix	Quaker United Nations Office	
Green Cross Schweiz	Schweizerischer Friedensrat	
GSoA	Schweizerisches Rotes Kreuz	
HEKS	SCI Schweiz	
	Solidar Suisse	